Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 22 (1947)

Heft: 7

Vereinsnachrichten: Verhandlungen der Generalversammlung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Regierungsrat Ernst Reinhard †

In der Nacht zum Donnerstag, dem 19. Juni 1947, ist in Bern Regierungsrat Ernst Reinhard unerwartet von uns gegangen. Wer ihn näher gekannt hat, dem ist sein Fehlen einfach unbegreiflich. Immer wieder erwarten wir, daß er mit raschen Schritten in unser Zimmer tritt und mit ihm eine freundliche und frohe Stimmung. Daß wir nicht glauben *wollen,* daß er in unserer Mitte fehlt, ist wohl das untrüglichste Zeichen dafür, daß er noch da ist und immer um uns bleiben wird: Wir alle haben ihn einfach nicht ziehen lassen; es ist ja so vieles, was uns mit ihm verbindet; es ist ja so vieles, das wir ihm vorlegen, ihn noch rasch fragen müssen, daß wir höchstenfalls glauben können, er habe sich, wie schon so oft, zu wichtigster Arbeit zurückgezogen, um in ein paar Tagen mit neuen Anregungen und neuen Vorschlägen in unserer Mitte zu erscheinen. Es liegt viel Tröstliches in diesem Glauben an seine Trotzdem-Gegenwärtigkeit, daß der zweifellos tiefe Schmerz noch keine Macht über uns hat. Und doch – wenn wir ganz ehrlich sind – dann müssen wir, die wir seine engsten Mitarbeiter waren, auf Schritt und Tritt der Frage begegnen, wie er sich zu diesem und jenem Problem eingestellt hätte, und auch das ist wieder etwas Tröstliches; die Antwort, die wir uns selbst geben müssen und können, ist klar und eindeutig.

Ernst Reinhard war ein Schaffer und Schöpfer. In aller Frühe schon, wenn in den Amtsräumen noch alle Pulte auf die pünktlichen Arbeiter warteten, saß er vor seinem Schreibtisch, und wenn wir erschienen, fand jeder von uns schon seinen Arbeitsauftrag oder eine Rückfrage zuoberst auf seinen Akten. Ein kurzes Telephongespräch – «darf ich Sie bitten» –, und dann entwickelte er uns in klaren Worten seine Pläne und den Anteil, den er von uns zu deren Verwirklichung erwartete. Und stets begleitete er seine Auseinandersetzungen mit frischen, fröhlichen und witzigen Randbemerkungen. Es war ein leichtes, beglückendes Schaffen mit ihm und für ihn, und es gelang ihm auch stets, uns mitzureißen, daß wir die zuweilen recht umfangreichen Aufträge als leicht zu bewältigen empfanden. Ernst Reinhard war auch ein Künstler, ein Künstler im Umgang mit seinen Mitmenschen. Eine reiche Erfahrung, eine auffallende Intelligenz und Schlagfertigkeit, ein ganz vorzügliches Gedächtnis, und aus diesen Eigenschaften heraus ein tiefes Verständnis auf der einen Seite für die Unvollkommenheit, auf der andern für die Erziehbarkeit der Mitmenschen (und sich selbst kannte er wohl besser, wie kaum ein Außenstehender) gaben ihm eine beinahe überlegene, wenn auch beileibe nie überhebliche Haltung gegenüber seinen Mitarbeitern und Mitstreitern. Und wenn sein rasches Temperament ihn selbst wohl hie und da überrumpelte, so sah man's am Zucken seiner Mundwinkel, wie er sich dessen bewußt wurde und gleich darauf einen fast rührend anmutenden Rückzug antrat. Ernst Reinhard war ein gütiger, ein tief empfindsamer Mensch. Wenn sein unermüdlicher Geist ihm auch zuweilen Wege vorschrieb, die für uns nicht immer verständlich waren, so war in seinen Bestrebungen doch immer eine große Linie zu erkennen, auf ein ihm vorschwebendes, hochgestelltes Ziel gerichtet, dem er mit ersichtlich persönlichem Mut zustrebte.

Die Genossenschaftsbewegung und namentlich die Förderung des Wohnungsbaues hat Ernst Reinhard überaus viel zu verdanken, dessen wollen wir stets in aufrichtiger Dankbarkeit gedenken.

E. E. Straßer, Stadtplaner, Bern.

Verhandlungen der Generalversammlung

(Schluß des Berichtes in der Juni-Nummer)

Siedlungspolitik und Wohnungsbau in England

Nach herzlicher Begrüßung übergibt Präsident Straub um 20.15 Uhr dem Referenten, Herrn Architekt *Max Werner,* Zürich, das Wort, der einleitend von seinen persönlichen Eindrücken über die Reise im Oktober 1946 zum Internationalen Kongreß für Wohnungswesen und Städtebau in London spricht, an dem sich 24 Länder mit etwa 1200 Delegierten beteiligten. Die instruktiven Ausführungen, die hier nur stichwortmäßig skizziert werden können, legen dar, welch gewaltige Anstrengungen England zur Lösung des Wohnungsproblems zu meistern hat.

England besitzt genaue Vorstellungen über Planung, Wohnungspolitik und Wohnungsbau und hat darüber auch Pläne und Programme. Heute vollzieht sich in England eine industrielle und kommerzielle Evolution, wie vor hundert Jahren der Übergang von der Landwirtschaft zur Industrie eine solche darstellte. Die *Verstädterung* gehe aber weiter, und es zeichne sich ein Übergang von der Industrie zu Handel und Verkehr ab. Es zeige sich ein bedeutendes Anwachsen der unproduktiven Arbeit, Abnahme der Urproduktion in der Landwirtschaft und im Bergbau. 80 Prozent der Bevölkerung lebe in den Städten, während es in der Schweiz nur 30 Prozent sind. Es zeige sich die gleiche Erscheinung wie in der Schweiz: Landflucht und Verstädterung. Die Anzahl der Bauarbeiter betrage nur noch 8 Prozent des Vorkriegsbestandes, und es werden jetzt Gegenmaßnahmen mit Equipenbildung und Schulungskursen getroffen. Das Wohnen bilde das Kernproblem des modernen städtischen Lebens, das Wohnen im einzelnen und im weiteren Sinne, in der Wohngruppe, im Quartier, in der Gemeinde usw. England trete aus dem Stadium der passiven Wohnungspolitik in das Stadium der aktiven Gemeinde ein.

Im Vordergrund der Wohnungspolitik stehe die *Bodenfrage*. Schon seit 1937 beschäftige sich die englische Regierung sehr intensiv mit diesen Fragen. Es beständen hierüber verschiedene sogenannte Reports. Ein solcher von 1937 bis 1940 befasse sich mit Fragen der Bevölkerungsverteilung, Landflucht, Verstädterung, Verlegung der energiegebundenen Industrie nach den Zentren des Handels und des Verkehrs, Zentralisation der Industrie, bessere Beschäftigungsaussichten, bessere Schulungs-, hygienische und soziale Einrichtungen. Ein Report von 1941 bis 1942 behandle die Bodenfrage, den Erwartungswert (bei uns Verkehrswert), die Nutzungsmöglichkeit im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Beschränkungen, die nachbarrechtliche Einschränkung mit und ohne Entschädigung, Bauverbot und Bewilligung für Nutzungssteigerung, Bauzonen, Baurecht. Ein dritter Report von 1941 bis 1943 nehme Stellung zu Landwirtschaftsfragen und bringe Feststellungen über mißliche Lebens- und Wohnungsbedingungen der landwirtschaftlichen und industriellen Gebiete, ferner Vorschläge zur Verbesserung der öffentlichen Dienste, zur Vermeidung von Fehlinvestierungen usw. Das Weißbuch der Regierung enthalte Richtlinien über Zwangsenteignung für die Durchführung der Wohnungspolitik, über Planungsmaßnahmen, Wertungsbasis, Entschädigung unter Ausschaltung des Erwartungswertes, Schätzungs- und Abrechnungsgrundsätze, Genehmigungspflicht für Nutzungsänderungen, Wertzuwachssteuer, bei welcher bis zu 75 Prozent abgeschöpft und in eine zentrale Ausgleichskasse einbezahlt werden. Im weitern kommt eine Anzahl Gesetze aus den Jahren 1932 bis 1947 in Frage.

Treffend bemerkt der Referent, daß Häuser nicht mit Banknoten, sondern mit Steinen, Holz und Eisen gebaut werden. Im *Subventionswege* leihe der Staat Geld auf 66 Jahre und subventioniere die Rückzahlung durch Mietausgleich. Nach 66 Jahren falle das Haus samt Land an den Staat zurück. Die Miete betrage heute im Mittel 16,8 Prozent des Einkommens. Grünflächen seien gesetzlich vorgeschrieben, während die Frage der Besonnung wegen der klimatischen Verhältnisse in England als nebensächlich behandelt werde. An Industrie einschließlich Handel und Verkehr seien heute 23 Millionen Beschäftigte gebunden, während nur 8 Millionen lokalgebunden, Landwirtschaft, Bergbau, seien.

Der Wohnungsbau bedeute für England eine harte Realität, bestehe doch ein Wohnungsbedarf von etwa zwei Millionen Objekten. Ein Jahresprogramm sehe 400 000 Wohnungen vor. In London zähle man 73 000 = 4 Prozent gänzlich zerstörte und 1,4 Millionen = 70 Prozent beschädigte Wohnungen. In der Frage der Bauweise werde einerseits die traditionelle Bauart, anderseits das vorfabrizierte Haus, Montagebau, erörtert. Schon seit 1926 hätten solche Modelle bestanden, die aber wieder durch den Backsteinbau verdrängt wurden. Hierauf zeigte der Referent eine Anzahl interessanter Lichtbilder, die seine Ausführungen anschaulich unterstrichen und eine instruktive Illustration für die *Planungsabsichten* Englands bildeten. Zum Schlusse erwähnte der Vortragende, daß die Pläne für die Ausführung von Wohnungen wohl vorhanden, die Wirtschaft aber noch nicht gerüstet sei. Aber England habe den Willen, diese Pläne zu realisieren, und das Land werde mit dem Selbstbewußtsein eines Volkes, das den Krieg siegreich überstanden habe, auch diesen Weg mit neuen Opfern finden und gehen. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen und von Präsident Straub mit Dankesworten gewürdigt.

Wirtschaftslage und Wohnungsbau

Am Sonntag, 9.30 Uhr, versammelten sich die Delegierten nochmals im Theatersaal zur Entgegennahme eines Referates von Herrn *Dr. Max Weber,* Präsident der Direktion des VSK, Basel, über das Thema: «*Die Wirtschaftslage der Schweiz und der Wohnungsbau.*» Präsident Straub heißt den Referenten willkommen und erteilt ihm das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Aufgabe ist nicht, einen bestimmten Standpunkt zu vertreten, sondern allgemein die Wirtschaftslage in der Schweiz und im Ausland aufzuzeigen und die Folgerungen für die Baugenossenschaften darzulegen. Im Jahre 1929 waren 409 000 Personen, 1946 deren 485 000 in den Schweizer Fabriken beschäftigt. Andere Anhaltspunkte für den Beschäftigungsgrad bieten die Angaben des BIGA. Seit einem halben Jahr steht der Beschäftigungskoeffizient auf 140. Man kann also von einer *vollständigen Hochkonjunktur* sprechen,

das Maximum, das erreicht werden kann. Eine andere Vergleichsziffer bietet die Arbeitslosigkeit, die weniger als 1 Prozent beträgt. Nordamerika weist einen Stand von 3 bis 4 Prozent auf, was als sehr günstig bezeichnet wird. Die Exportindustrie verdient wesentlich mehr als früher, in Handel und Gewerbe ist die Teuerung mehr als ausgeglichen. In den letzten zwei Jahren haben die Löhne aufgeholt und hat auch hier ein Teuerungsausgleich stattgefunden. Die starke Steigerung im Volkseinkommen macht sich im Handelsumsatz bemerkbar, trotzdem die mengenmäßigen Umsätze teilweise niedriger sind als vor dem Krieg. Leider besitzen wir in der Schweiz keine Produktionsstatistik, aus der man am besten ersehen könnte, wieviel produziert wurde.

Über die *Bautätigkeit* besteht eine Statistik, auch über die Bauvorhaben. Nach den neuesten Erhebungen sind die Bauvorhaben im Jahre 1947 gegenüber 1946 um 59 Prozent höher. Der Wohnungsbau weist eine Vermehrung von 63 Prozent, der gewerbliche Bau von 117 Prozent und die öffentlichen Bauten eine Zunahme von 31 Prozent auf. Es wird also unmöglich sein, im Jahre 1947 alle Bauvorhaben zur Ausführung zu bringen, weil dieser Umfang die Materialkapazität weit übersteigt. Für den Wohnungsbau bedeuten die Industriebauten eine Gefahr, weil man dort nicht an Preise gebunden ist. Vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung wird an die öffentlichen Gemeinwesen appelliert, ihre Bautätigkeit möglichst einzuschränken. Auf die Industriebauten kann kein Einfluß ausgeübt werden, da ja die Baulenkung abgelehnt wurde. Wir haben heute eine Wirtschaftstätigkeit, wie sie seit Menschengedenken noch nie dagewesen ist.

Die mögliche Dauer der Konjunktur und deren *Ursachen* bieten heute viel Diskussionsstoff. Die gegenwärtige Hochkonjunktur ist auf die Inflation während des Krieges zurückzuführen. Die Geldvermehrung schreitet fort, aus den Kriegsjahren ist ein großer Überschuß an Kaufkraft vorhanden, der nachgeholt werden muß. Es ergeben sich für später große Gefahren; sobald die Inflationsauswirkungen aufhören, machen sich die Folgen des Wechsels bemerkbar. Bei uns werden die Verschiebungen nicht so groß sein, aber wir sind abhängig von der Entwicklung in den USA, die stark mit der Weltwirtschaft verflochten sind. Die Aufhebung der Preisvorschriften in Amerika hatte keine Konjunkturverschlechterung zur Folge, sondern eine starke Erhöhung der Preise. Auch dort hat sich die aufgestaute Kaufkraft stark ausgewirkt. Seit einiger Zeit machen sich Anzeichen im umgekehrten Sinne bemerkbar, so daß in absehbarer Zeit mit einer Krise gerechnet werden muß. Wenn man vom Bedarf ausgehen würde, so wäre noch längere Zeit eine Vollbeschäftigung möglich, wahrscheinlich für Jahrzehnte. Entscheidend ist aber nicht der Bedarf, sondern die *Nachfrage*. Infolge des Krieges ist in der ganzen Welt eine riesige Verarmung eingetreten. Länder, die als die reichsten der Erde gegolten haben, müssen sich heute auf den Export beschränken. Die Frage ist nicht mehr, ob in den USA ein Rückschlag eintritt, sondern wie lange und wie stark dieser sein wird. Die Preise haben in Amerika zweifellos den Kulminationspunkt erreicht, die Produktion ist in den letzten Monaten rückläufig geworden, namentlich die Wohnbautätigkeit. Die Arbeitslosenziffer betrug im April 1947 2,5 Millionen gegenüber 2 Millionen im Jahre 1946. Dieser Rückschlag wird auf die ganze Weltwirtschaft Auswirkungen haben. Auch bei uns machen sich schon einzelne Symptome einer Sättigung geltend. Die heutigen großen Aufträge in der Industrie täuschen über die wirkliche Nachfrage weg, weil die gleiche Ware an verschiedenen Orten bestellt wird. Wenn die Konjunktur nachläßt, werden diese Investierungen aufhören. Wir können uns nicht in Sicherheit wiegen, wenn der Anstoß von der Weltwirtschaft kommen wird.

Im besondern müssen wir uns fragen, welchen Einfluß die Hochkonjunktur auf den *Wohnungsmarkt* hat und welche Probleme sich daraus ergeben. Die Nachfrage nach den Wohnungen hängt von den Eheschließungen, von der Zuwanderung usw. ab. Im Jahre 1946 hatten wir einen Rekord von 38 747 Eheschließungen zu verzeichnen, was teilweise mit der Lohn- und Verdienstersatzordnung zusammenhängt, aber vor allem auch der günstigen Konjunktur zuzuschreiben ist. Man berücksichtigt hier den Einfluß auf den Wohnungsmarkt zu wenig. Das Angebot an Wohnungen ist zurückgegangen. 1939 hatten wir noch 9000 Wohnungen zur Verfügung, 1941 nur noch 4600, um im Jahre 1946 auf 11 000 Neuwohnungen anzusteigen. Die Bautätigkeit wird vor allem durch die Steigerung der Baukosten, bis heute 85 Prozent, gehindert. Als Folge der vermehrten Nachfrage stellte sich die Wohnungsnot ein. Schon im Jahre 1941 mußte der Bundesrat Grundlagen zur Beschränkung des Kündigungsrechtes schaffen. In den Jahren 1942 bis 1945 sind 21 068 Wohnungen gebaut worden mit Baukosten von 639 Millionen Franken einschließlich Landkosten. Der Bund hat pro Wohnung 2088 Fr. Subvention ausgerichtet. Die Förderung des Wohnungsbaues wurde vom Bund mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zusammengefaßt. Im Jahre 1945 erfolgte eine Erhöhung der Subventionen bis zu 15 Prozent für den gemeinnützigen Wohnungsbau; der Beitrag von Kanton und Gemeinde wurde auf den gleichen Betrag festgelegt. Von November 1945 bis 1946 wurden 17 000 Wohnungen subventioniert, deren Baukosten 549 Millionen Franken ausmachten. Bis jetzt wurden im gesamten 1,1 Milliarden Franken Subventionen bewilligt. Die *neue Vorlage* des Bundesrates geht nur noch auf 5 bzw. 10 Prozent Subvention und verlangt von den Kantonen wiederum den doppelten Beitrag. Wir wissen nicht, wie sich die Entwicklung hinsichtlich der Mietzinse und der Baukosten gestaltet. Ein Preisrückgang wird in absehbarer Zeit eintreten, aber über das Ausmaß ist man ganz ungewiß. Die Lebenskosten werden erfahrungs-

gemäß dadurch nicht stark beeinflußt, noch weniger die Löhne. Das wirkt sich naturgemäß auf die Baukosten aus.

Nach dem ersten Weltkrieg ist der *Mietzinsindex* erst im Jahre 1932 auf seinem Kulminationspunkte angelangt. Ob die heutige Entwicklung gleich sein wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab, hauptsächlich von der Preiskontrolle. Auch die Frage der Subventionen spielt eine sehr maßgebende Rolle. Die Nachkriegsjahre nach 1918 brachten eine starke Steigerung der Mietzinse für die alten Wohnungen. Schon 1921 war der Index für die Altwohnungen höher als der Durchschnitt in der Schweiz; im Jahre 1931 war er auf das Doppelte gestiegen. Man rechnet mit einem Zuwachs von 5000 bis 6000 Haushaltungen pro Jahr; das würde gegenüber den letzten Jahren bedeuten, daß wir einer Abnahme der Nachfrage nach Wohnungen gewärtig sein müßten. Wenn die Produktion in den nächsten Jahren immer mehr steigt, so ist die Krise behoben. Nun ist aber die Konjunkturentwicklung in Betracht zu ziehen. Wenn diese zurückgeht, so vermindern sich die Haushaltungen, und daraus wird sich ein Leerwohnungsstand ergeben. Die Wohnungsnachfrage wird aber auch den Mietpreis beeinflussen. Der Anteil des Wohnungszinses im Haushaltungsbudget ist wesentlich kleiner geworden. Wenn aber die Mietpreise steigen, die übrigen Lebenskosten und die Löhne sinken, wird sich der Mietanteil wieder entsprechend erhöhen, und damit vermindert sich auch die Nachfrage nach Wohnungen.

Der Frage, Wohnungsbau in Verbindung mit dem *Mietzinsproblem,* wurde bis heute viel zu wenig Beachtung geschenkt. Die Behörden gehen an dieser Tatsache vorbei. Die Wohnung ist eine Ware, die man nicht so leicht vermehren kann. Der Wohnungsbau muß nicht nur mit der gegebenen Lage, sondern auch mit der zukünftigen rechnen. Das ist der Grund, warum der Wohnungsbau in Zeiten rasch steigender Preise zurückgeht. Das Problem stellt sich heute wie nach dem letzten Kriege, es ergeben sich wie damals vier Möglichkeiten: bei Altwohnungen die Mietzinse *angleichen,* neue Wohnungen durch die Subventionierung auf das Niveau der Altwohnungen verbilligen. Durch die Mindersubvention wird eine Differenz entstehen. Diese Lösung hätte eine starke Belastung der Öffentlichkeit zur Folge. Nach vorgesehenen Ansätzen müßten für die teilweise Verbilligung der neuen Wohnungen 100 Millionen aufgebracht werden, und zwar durch die Steuerzahler. Eine andere Lösung besteht darin, daß man die Altwohnungen auf ihren *jetzigen Mietpreisen* gemäß Preiskontrolle beläßt und die Neuwohnungen zu den tatsächlichen Mietkosten abgibt. Diese Wohnungen könnten aber nicht vermietet werden, weil sie zu teuer sind, und die Folge wäre, daß nicht mehr gebaut würde. Ein dritter Weg könnte darin bestehen, daß man die *Preiskontrolle* für die Altwohnungen *aufhebt* und diese an die Marktlage anpaßt. Das wäre aber noch schlimmer als die Anpassung an die Neubauten, weil man dann riskieren müßte, daß die Mietzinse der alten Wohnungen über diejenigen der Neuwohnungen hinausgehen würden. Als vierte Lösung kann der Vorschlag von Herrn Ständerat Dr. Klöti betrachtet werden. Dieser Vorschlag sieht einen *Ausgleich zwischen Alt- und Neuwohnungen durch eine Ausgleichssteuer* vor. Der Nachteil besteht darin, daß man eine besondere Steuer einführen müßte und die Durchführung enorme Schwierigkeiten ergäbe. Eine Steuer auf dem Mietzins ist an und für sich stoßend, und von wem soll die Steuer erhoben werden? Die Differenzierung in den Wohnungen und in den Mietpreisen würde im einzelnen keine gerechte Steuer ergeben.

Mit meinen Ausführungen wollte ich das Problem signalisieren, damit es geprüft und studiert werde. Das wäre eine Aufgabe für die Bundesbehörden. Die Mietpreiskontrolle muß so lange bestehen bleiben, solange nicht ein Rückgang in den Baukosten zu verzeichnen ist. Die Subventionierung muß fortgesetzt werden, bis irgendeine Lösung oder ein Ausgleich gefunden wird. Es ist daher namentlich für die Baugenossenschaften wichtig, abzuklären, welcher Weg eingeschlagen werden kann. Das Problem verdient eingehendes Studium.

Das Referat wird von der Versammlung mit reichem Beifall aufgenommen und vom Vorsitzenden aufs beste verdankt.

In der nun einsetzenden *Diskussion,* an der sich die Herren Direktor *Zulauf* (Basel), *Burklin* (Genf), *Kugler* (Basel), *Hörnlimann* (Zürich), *Borel* (Genf), *Dr. Wieser* (Basel), Stadtrat *Peter* (Zürich), Nationalrat *Steinmann* (Zürich) und Architekt *Lanz* beteiligen, wacht die Aussprache vom Samstag wieder auf; teilweise werden auch noch neue Gedanken zum Ausdruck gebracht. Nationalrat Steinmann (Zürich) stellt *Antrag,* daß die zwei Postulate betreffend Aufhebung der Mietzinskontrolle und Fortsetzung der Subventionen noch in die Resolution aufgenommen werden. Präsident Straub erinnert daran, daß die Resolution an der gestrigen Versammlung im vorgelegten Wortlaut mit großer Mehrheit angenommen worden sei, läßt aber den Antrag Steinmann als Ordnungs- beziehungsweise als Wiedererwägungsantrag zur *Abstimmung* bringen, der jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt wird. Herr Architekt *Lanz* (Biel) beantragt, den Zentralvorstand zu beauftragen, abzuklären, was unser Verband bei Aufhebung der Mietzinspreiskontrolle von den Behörden fordern könne oder fordern müsse. Der Vorsitzende verweist darauf, daß die Lösung dieser Aufgabe größte Schwierigkeiten bringen werde.

In seinem *Schlußwort* kommt Herr *Dr. Weber* auf einzelne Voten zurück und erklärt abschließend, daß nach seiner Meinung der Verband die Probleme aufgreifen und sammeln müsse, um sie den Behörden vorzulegen. Es sei Sache der Behörden, sich zu äußern, wie sie die Situation für die nächsten zehn Jahre ansehen. Wenn es möglich sein sollte, sollte der Verband bei der Prüfung dieser Fragen Mitarbeiter von den Bundesbehörden beiziehen, damit sich diese Leute der Kompliziertheit und der Schwierigkeiten im Wohnungsproblem bewußt werden. Es könne sicher in einer Richtung eine gangbare Lösung gefunden werden.

Punkt 12 Uhr schließt Präsident Straub die Tagung.

H. N.